



Für
Menschenrechte
gegen
Extremismus



DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



Blickpunkt Demokratie und Extremismus
Newsletter Osteuropa

September | 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedauern sehr, dass auf Grund der finanziellen Situation der Newsletter Osteuropa ab Oktober 2009 nicht mehr erscheinen kann. Herzlichen Dank an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter, besonders an Ewgenija Hartleben.

Inhalt	Seite
Erklärten sich die Nationalisten zu einer Revanche bereit?	2
LDPR: Die Saison der xenophoben Propaganda ist eröffnet	2
Plakate des Slawischen Verbandes in Wladiwostok	2
Antisemitische Bombe im Generalstab der russischen Armee (Simon Briman)	3
In Russland ist die „Fahne mit dem Kreuz“ von nun an untersagt	4
August 2009. Monatsbilanz	5
Am Moskauer Stadtgericht beginnen die Vorverhandlungen im Falle der „White Wolves“	7
Chronik	8
Impressum	11

Erklärten sich die Nationalisten zu einer Revanche bereit?

Wie bekannt wurde, ließ sich der ehemalige Leiter der halblegalen radikalen Organisation „Russische nationale Einheit“ (Russkoje nazionalnoje Jedinstwo – RNE) Aleksandr Barkaschow als Kandidat für die Wahlen zum Chef der Kommunalbildung des Klischinsker-Osersker Bezirks im Moskauer Gebiet aufstellen.

Des Weiteren geht aus einer Quelle hervor, dass der Osersker Bezirk in den von Barkaschows Anhänger verbreiteten Materialien als die Heimat des Kandidaten und seiner Vorfahren dargestellt werde. Die Gründe für die Aufstellung Barkaschows für den Posten sind nicht bekannt. Trotz der Ergebnislosigkeit der RNE-Anhänger gegenüber ultrarechten Ansichten gibt es keine direkten Aufrufe zur Errichtung einer „russischen Ordnung“ wie in der früheren Ideologie der RNE der 90-er Jahre. Auch wird behauptet, dass Kämpfer der RNE in den umliegenden Dörfern patrouillierten und die Einheimischen zum Wählen des „richtigen Kandidaten“ aufforderten. Ungeachtet dessen, dass die offizielle Wahlkampagne erst am 28. August beginnt, existieren keine Hindernisse vonseiten der regionalen Behörden. Die Anwohner nehmen die Anhänger von Barkaschow ohne Probleme wahr und laden sogar Jugendliche zum Essen ein.

Wir erinnern daran, dass die Vertreter der RNE 1,1 Millionen Unterschriften für die Kandidatur von Barkaschow bei den Präsidentschaftswahlen 1996 gesammelt haben, die aber aus unbekanntem Gründen nicht an das Wahlkomitee weitergereicht wurden. Politologen und Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben waren sich damals sicher, dass Barkaschow mit der Macht spiele. Ob Barkaschow heute auch nur mit der Macht spielt, werden die Wahlergebnisse zeigen.

Quelle: <http://ru.indymedia.org/newswire/display/22202/index.php> 14.08.09

LDPR: Die Saison der xenophoben Propaganda ist eröffnet

Am 17. August 2009 registrierte das Wahlkomitee von Moskau die Kandidaten der Liberal-Demokratischen Partei Russlands, LDPR, für die Moskauer Stadtduma (die Wahlen werden am 11. Oktober 2009 stattfinden). Gleichzeitig setzte die xenophobische Wahlpropaganda der LDPR ein. Das Faltblatt der LDPR vom 16. August (d.h. einen Tag vor der offiziellen Registrierung in der Wahlliste), das neben den Metrostationen verteilt wird, enthält nicht nur typische populistische Parolen (Reduzierung der Willkür von Beamten, Verbesserung der medizinischen Betreuung usw.), sondern auch eine direkte feindliche Sprache. Fast alle Kategorien, die mit „Nichtslawen“ oder „Migranten“ verbunden sind, enthalten negative Nuancen.

Unter anderem stellt man die „Heißen Dschigiten“ und die „Kinder der Berge“ den „Einheimischen“ gegenüber. Die ersten beiden Gruppen werden als „unverschämt“ und „diebisch“ charakterisiert. Die Wohnungsknappheit ist direkt damit verbunden. Durch die Korruption wird ihnen „die Möglichkeit“ einräumt „sich in Aulen gegen Schmiergeld registrieren zu lassen“, was angeblich später zum Erhalten der Wohnungen unter Umgehung des Gesetzes führen soll. Des Weiteren sind die Schwierigkeiten bei der Sanierung von alten Häusern nicht mit dem Renovierungsverlauf verbunden, sondern mit den Fachkräften. Sie sind „inkompetente Gastarbeiter“, die als „ungebetene Gäste“ von der Moskauer Bevölkerung toleriert werden müssen.

Die Migranten stellt man nur als eine große Belastung in Form von Schmarotzern und minderwertigen Arbeitskräften für eine Reihe von Berufen für die städtische Infrastruktur dar. **„Die Moskauer arbeiten trotz der hohen Gehälter nicht mehr auf Baustellen, weil – so die Partei LDPR – dort nur Gastarbeiter sind. Aber die Lage ändert sich, sodass der Beruf des Moskauer Bauarbeiters wieder angesehen sein wird.“** (Hervorhebung durch die Redaktion)

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/D7CC607> 26.08.2009

Plakate des Slawischen Verbandes in Wladiwostok

Am 30. und 31. Juli 2009 wurde eine große Plakatkampagne von Anhängern des „Slawischen Verbandes“ (Sojus Slawjan – SS) in Wladiwostok durchgeführt. In Gruppenformation klebten die Aktivisten

in verschiedenen Teilen der Stadt Plakate mit der Symbolik ihrer Organisation auf. Diese Aktion wird als Werbekampagne definiert. Obwohl der Leiter des Slawischen Verbandes in Wladiwostok von der Polizei nach Artikel 282 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation verfolgt wird, hält die Organisation an ihrem Kandidaten zu den Kommunalwahlen fest.

Die Aktivisten trugen T-Shirts mit dem Symbol von „Einiges Russland“ (Jedinaja Rossija).

Quelle: nach Materialien rechtsradikaler Webseiten

<http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/D615F36> 05.08.09

Simon Briman: Antisemitische Bombe im Generalstab der russischen Armee



Ein neues Buch der Frau Oberst, der Institutsdirektorin der Militärakademie des Generalstabs Russlands, ist erschienen: „Zionistische Chasaren der Weltverschwörung wünschen sich die Zerstörung Russlands und der Russen“. Der Bürgerrechtler Alexander Brod äußert: „Diese antisemitischen Mythen fallen unter den Artikel des Strafgesetzbuches. Worüber unterrichtet die Autorin die höheren Offiziere?“

„Die Weltverschwörung führt seit Hunderten von Jahren gegen die Heilige Rus Krieg, macht ihre Bevölkerung betrunken, vergiftet sie mit Drogen, injiziert der russischen Bevölkerung hormonelle Verhütungsmittel. Die Geheimdienste unter dem Befehl der amerikanischen und französischen Präsidenten sind Tag und Nacht mit einer einzigen Sache beschäftigt: **Russland auszulöschen**. Die Fäden der weltweiten Verschwörung gegen Russland befinden sich in den Händen der zionistischen Chasaren, die den Staat Israel gegründet haben.“ Ein solches Hirngespinnst wird regelmäßig in den nationalistischen Foren und in weniger bedeutsamen Publikationen vieler russischer Autoren verlegt. Nun findet es auch in der Heiligsten der Heiligen Eingang: in der Militärakademie des Generalstabes der Verteidigung Russlands.

Die Autorin des neuen „Meisterwerks“ der Politikwissenschaft ist Tatjana Gratschowa, die in dem Buch „[Die Heilige Rus gegen die Chasaren](#)“ als Oberst, Dozentin und Institutsleiterin der Militärakademie des Generalstabes bezeichnet wird. Im Laufe der Jahre wurde sie zu einer führenden wissenschaftlichen Angestellten des Zentrums für kriegsstrategische Forschung des Generalstabes von Russland. In anderen Quellen wird erwähnt, dass Gratschowa „die höhere Bildung an der Militärakademie des Generalstabes mit der Spezialisierung ‚Nationale Sicherheit‘ erworben hat.“ Zu ihren Veröffentlichungen zählt [eine Reihe von Artikeln](#) in der Zeitung „Besopasnost“ (Sicherheit) (Die Definition von Krieg: ein Aufstand als Seelenzustand, Kampfziel und -art). Auf diese Art und Weise wurde eine hochqualifizierte Mitarbeiterin des „geistigen Zentrums“ der russischen Armee zur Autorin eines manisch-judophobischen Buches.

Laut der Version von Gratschowa sind die Präsidenten Obama, Saakaschwili, Sarkozy und dergleichen nur Marionetten des globalen Chasarentums. Zudem ist das Chasarentum bei Gratschowa ein „Begriff, der die Elemente des Judentums und des Zionismus miteinander vereint“. Das oberste führende Zentrum, das die Weltverschwörung bildet, materialisiert sich in einigen Bankclans, die als Ökonomen den Großteil der Industriestaaten verwalten.

Die Dozentin der Militärakademie, die die Elite der russischen Armee unterrichtet, meint, dass die chasarische Herkunft als Voraussetzung für den Gang zur Macht im heutigen jüdischen Staat sei. „In Israel existiert eine solche Regelung: Der Führer des Staates muss jemand mit Wurzeln aus Russland sein, anders formuliert, ein Chasar.“ Als Beweis für ihre Aussagen führt Gratschowa aus dem Kontext herausgerissene Zitate an... aus Arbeiten der israelischen Soziologin Zeewa Chanina.

Das Internetportal [IzRus](#) wendet sich mit einem Kommentar an Alexander Brod, den Chef des Moskauer Büros für Menschenrechte und Mitglied der Kammer für die öffentlichen Angelegenheiten

Russlands. „Das Buch Gratschowas ist eine Sammlung von chauvinistischen, pseudoorthodoxen, antisemitischen Mythen. Dieses ganze Hirngespinnst ist absolut nicht harmlos, da es unter eine Reihe von Artikeln des Strafgesetzbuches und das Gesetz über Maßnahmen gegen Extremismus fällt“, erklärt Brod. Er bringt seine besondere Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Buchautorin den Lesern als Vertreterin der Militärakademie des Generalstabes vorgestellt wird. „Wenn das alles wahr ist, was lehrt Gratschowa ihre Studenten? Welche Ausbildung erhalten sie in einer der wichtigsten höheren militärischen Bildungsanstalt? Und wie kommt unsere militärstrategische Planung zustande, wenn an ihr Personen wie Gratschowa beteiligt sind?!“, bemerkt Brod.

Nach Auffassung des Chefs des Moskauer Büros für Menschenrechte „sind in dieser Angelegenheit die Generalstaatsanwaltschaft, das Verteidigungsministerium und das Bildungsministerium gefragt“. Der Bürgerrechtler teilte dem Portal IzRus mit, dass er eine Anfrage an die drei genannten Behörden schicken werde: „Sie sollen eine Expertise der Bücher und der Lehrveranstaltungen Gratschowas durchführen und überprüfen, ob sie mit solchen xenophoben Ansichten und Geschichtsverfälschungen die Institutsleiterin der Militärakademie des Generalstabes bleiben kann.“ Alexander Brod meint, dass eine Revision der Lehrbücher in den Hochschulen Russlands durchgeführt werden müsse, insbesondere in den Militäreinrichtungen: „Dort gibt es ebenfalls nicht wenige solcher antisemitischer Bücher.“

Wie zuvor das Portal IzRus [mitteilte](#), wurde Ende 2008 eine Broschüre für die Weiterbildung der Mitarbeiter des Innenministeriums Russlands veröffentlicht, in der angemerkt wird, dass „der Satanismus durch den Judaismus hervorgerufen wurde“. Die Offiziere der Miliz erfahren etwas über die „fanatische geheime jüdische Sekte mit Blutritualen“. Im Frühjahr 2009 wurde den Studenten-Milizionäre der Sankt Petersburger Universität MWD ein skandalöses Lehrbuch über die vaterländische Geschichte ausgehändigt, in dem [behauptet wird](#), dass an allem Elend Russlands die Zionisten schuld seien.

Quelle: <http://izrus.co.il/diasporal/article/2009-08-04/5727.html> 04.08.09

In Russland ist die „Fahne mit dem Kreuz“ von nun an untersagt

Am 14. August 2009 hat das Justizministerium zum wiederholten Male das föderale Verzeichnis extremistischer Materialien überarbeitet, ergänzt um den Punkt 414, der eine lange Liste von Materialien enthält (vollständig unter <http://xeno.sova-center.ru/45A2A1E/D6D7BF1>), von denen die meisten nicht zu identifizieren sind und ein Teil sich offensichtlich als Unikat herausstellt, so dass es unmöglich ist, eine große Menge an Exemplaren in dieser Kategorie zu besitzen.

Bemerkenswert ist jedoch, dass die **„Fahne mit dem Kreuz“** auf der Liste enthalten ist, welche ebenso als extremistisches Material gilt und deren Herstellung und massenhafte Verbreitung auf dem Territorium der Russischen Föderation somit verboten ist.

Da aber keine anderen Eigenschaften dieses „Materials“ in der Liste genannt werden, muss man offenbar damit rechnen, dass von nun an alle Fahnen in Russland untersagt sind, auf denen Kreuze in beliebiger Art vorkommen (einschließlich der staatlichen Flaggen der Schweiz, Großbritanniens, Norwegens und einer Reihe anderer Staaten, die Fahne des „Roten Kreuzes“ wie auch beliebige Fahnen christlicher Organisationen, auf denen verschiedene Kreuze vorkommen).

Oder aber man muss feststellen, dass die Ergänzung der Liste um einen ähnlichen Punkt wieder einmal davon zeugt, dass die Rechtsschutz-, Gerichts- und anderen staatlichen Organe nicht gewillt sind, das Föderale Gesetz über die Bekämpfung extremistischer Tätigkeit zu erfüllen, während Klagen und Gerichtsbeschlüsse über die Anerkennung von Materialien als extremistisch und die Ergänzung der entsprechenden Liste um ebensolche Punkte eine aktive Tätigkeit vortäuschen sollen.

Dabei ist anzumerken, dass die Beschreibung der übrigen Materialien zwar nicht immer zu ihrer Identifizierung ausreicht, jedoch keinen Zweifel an ihrer realen öffentlichen Gefahr lässt. In der langen Liste der einmalig verbotenen Materialien kann man sogar neonazistische Texte, die augenscheinlich zur Gewalt aufrufen, nach der Bezeichnung vollständig erraten.

Vielsagend ist allem Anschein nach auch das Verbot von im Kreis von Nazi-Skinheads außerordentlich populärer „**Alphabete slawischer Kopfrasierer**“ (in der Zeit der Popularisierung der „Alphabete“ in diesem Milieu trug auch ihre Veröffentlichung im Buch von S. Belikow, das vom Moskauer Büro für Menschenrechte herausgegeben wurde, bei).

Kommentare des Zentrums „Sowa“

- wir betrachten den beschriebenen richterlichen Beschluss nicht als insgesamt unrechtmäßig;
- zum wiederholten Male betonen wir, dass das Problem der Qualität der Föderalen Liste extremistischer Materialien (und entsprechend ebenso der gerichtlichen Klagen und Beschlüsse über die Verbote) rasch einen immer schärferen Charakter annimmt bis hin zu der direkten Unmöglichkeit, sie in der Eigenschaft als normatives Dokument zu benutzen;
- wir merken an, dass das gleiche Gericht am 6. März 2008 einen [sehr ähnlichen Beschluss](#) über das Verbot einer Reihe neonazistischer Materialien gefasst hat. Jedoch ist kaum die Rede von ein und demselben Gerichtsbeschluss.

Quelle: <http://www.minjust.ru/ru/activity/nko/fedspisok/>

<http://xeno.sova-center.ru/45A2A1E/D6D7BF1> 14.08.09

Die aktuelle Föderale Liste extremistischer Materialien können Sie auf folgender Seite einsehen:

<http://www.minjust.ru/ru/activity/nko/fedspisok/> Stand: 14.08.2009

August 2009. Monatsbilanz

Im August 2009 wurden mindestens 23 Personen Opfer von rassistisch und neonationalistisch motivierten Gewalttaten, wobei drei Personen getötet wurden. Die Überfälle ereigneten sich in vier Regionen Russlands: Moskau, Sankt Petersburg, Kirow und Ufa (im August 2008 starben 11 Menschen und 28 Personen erlitten Verletzungen unterschiedlicher Schwere).

Der Großteil der Übergriffe ereignete sich am Tag der Fallschirmspringer, der traditionell von Massenschlägereien betrunkenen ehemaliger Fliegertruppen begleitet ist, darunter auch eindeutig rassistisch motivierte Zusammenstöße. Am 2. August 2009 wurden mindestens ein Toter und 6 Verletzte registriert, ohne Berücksichtigung zweier Massenschlägereien in Nischni Nowgorod und im Moskauer Umland. Die restlichen Überfälle wurden von Nazis, Skinheads und anderen ultrarechten Gruppen begangen.

Insgesamt wurden seit Beginn des Jahres 2009 in 33 Regionen Russlands mindestens 42 Personen getötet und mindestens 216 Menschen verletzt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres kamen 85 Personen um und 328 Menschen trugen Verletzungen davon. Im August kam es in vier russischen Regionen zu mindestens 4 Fällen von Vandalismus. In Wladiwostok wurde eine protestantische Kirche beschädigt, in Moskau sowie im Gebiet Pskow und Pensa wurden orthodoxe Kirchen und Friedhöfe geschändet. In Wladiwostok und Moskau wurde darüber hinaus versucht, die Kirchen in Brand zu stecken. Seit Jahresbeginn wurden insgesamt mindestens 60 Fälle von ideologisch und rassistisch motiviertem Vandalismus, darunter 7 Brandanschläge, gezählt. Von den „ideologischen“ Vandalismus-Anschlägen (Entweihung von Gedenkstätten an den Zweiten Weltkrieg mit rechtsradikalen Graffiti u. ä.) sind 22 Gedenkstätten, 15 jüdische, 11 orthodoxe und 5 islamische Einrichtungen betroffen. Im Zusammenhang mit den Wahlkampagnen hat sich in mehreren Regionen Russlands die Propaganda informeller ultrarechter Gruppierungen sowie die ausländerfeindliche Propaganda offiziell registrierter politischer Organisationen intensiviert. Besonders augenscheinlich geschah dies in Moskau, wo für den Einzug in die Moskauer Stadtduma eine ganze Reihe mehr oder weniger namhafter rechtsradikaler Nationalisten sowie die Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR) und die mit der Kommunistischen Partei KPRF verbundene Vereinigung „Sowjetisches Russland“ kandidierten und mit ausländerfeindlichen Publikationen von sich reden machten. Besondere Aufmerksamkeit erregte das Vorhaben des Führers der „Russischen Nationalen Einheit“, Alexander Barkaschow, für das Amt des Stadtoberhauptes in der Moskauer Umgebung zu kandidieren. Ungeachtet des laufenden Verfahrens gegen den Führer des „Verbands der Slawen des Fernen Ostens“, Alexej Komarow, ließ

dessen Organisation verlautbaren, an den Wahlen zum Stadtrat für Wladiwostok teilnehmen zu wollen und startete im August eine großangelegte Aufkleberaktion von Stickern des „Slawischen Verbands“ (SS).

Im August wurde die Föderale Liste extremistischer Materialien gleich viermal aktualisiert (am 3., 5., 13. und 14. August): Unter anderem wurden die Paragraphen 404-414 darin aufgenommen. Besonders skandalös ist der letzte Punkt, der eine äußerst schlampig zusammengestellte Auflistung von Materialien darstellt, die größtenteils nicht identifizierbar sind. Empörung rief vor allem eine „Flagge mit Kreuz“ hervor, die in dieses Verzeichnis aufgenommen wurde. Da die Flagge in keiner Weise näher beschrieben ist, muss davon ausgegangen werden, dass im heutigen Russland sämtliche Flaggen verboten sind, auf denen, in welcher Form auch immer, ein Kreuz abgebildet ist (dies betrifft zahlreiche Staatsflaggen sowie selbst die Flagge des Roten Kreuzes). Wir möchten an dieser Stelle anmerken, dass die Erklärung von offizieller Seite, eine derartige Auslegung des Verbots sei nicht angemessen, reine Demagogie ist: Sämtliche Präzedenzfälle bei der Strafverfolgung physischer und juristischer Personen wegen Verbreitung extremistischer Materialien reduzieren sich ausschließlich und buchstäblich auf diese Liste, selbst in den Fällen, in denen das Material nicht eindeutig identifiziert werden kann.

Insgesamt sind am 31. August 2009 in der Liste 414 Positionen (ein Teil ist unter mehreren Bezeichnungen darin) enthalten, darunter fünf Akten, deren Gerichtsbeschluss, sie als extremistisch zu bezeichnen, widerrufen wurde und ebenfalls 13 Akten, die in der Liste doppelt und einfach angeführt sind – also 3-fach.

Im August wurden nicht weniger als vier Schuldsprüche für Gewaltverbrechen, in denen das Hassmotiv festgestellt wurde, gefällt: in Woronesh, Wolgograd, Jekaterinburg und St. Petersburg. Insgesamt wurden in diesen Prozessen vierzehn Menschen verurteilt, vier von ihnen wurde aus unterschiedlichen Gründen die Strafe erlassen. Insgesamt wurden seit Beginn des Jahres 30 Prozesse, die mit gewaltsamen und rassistischen Verbrechen im Zusammenhang stehen, mit Schuldsprüchen geschlossen. Dabei wurden 84 Menschen verurteilt.

Die Bestrafung teilte sich folgendermaßen auf:

- 3 Menschen wurde die Strafe mit einem Vergleich beider Seiten erlassen
- 3 wurde wegen Auslaufens der Verjährungsfrist die Strafe erlassen
- 19 wurden bedingt ohne weiteren zusätzlichen Sanktionen verurteilt
- 6 zu Besserungsarbeit
- 1 wurde zur Heilbehandlung zwangseingewiesen
- 7 wurden zu einer Freiheitsstrafe für die Dauer von 2-3 Jahren
- 11 zu 3-5 Jahren
- 9 Menschen zu 5-10 Jahren
- 7 Menschen zu einer Freiheitsstrafe von 10-15 Jahren
- 3 Menschen zu einer Freiheitsstrafe von 17-19 Jahren
- 1 zu einer Freiheitsstrafe von 23 Jahren verurteilt.

Hinsichtlich einiger Personen ist in drei Gruppenprozessen die konkrete Dauer unbekannt. Im ersten Fall sind vier Menschen zu einer Dauer von 7,5-11 Jahren, im 2. Fall sechs Menschen zu einer Dauer von 3,5-10 Jahren und im 3. Fall vier Menschen zu einer Dauer von 14-17 Jahren zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Wegen ausländerfeindlicher Propaganda wurden im August gegen drei Menschen drei Schuldsprüche gefällt (im Gebiet Archangelsk und Wladimir und im Kreis Krasnodar). In allen drei Fällen wurden die schuldig Gesprochenen zu Besserungsarbeit verurteilt.

Insgesamt wurden im August wegen ausländerfeindlicher Propaganda nach Art. 282 StGB (u.a. Erregung von Zwietracht zwischen Rassen) gegen 35 Menschen 25 Schuldsprüche gefällt. Im Bereich der unrechtmäßigen Streitbeilegung der antiextremistischen Gesetzgebung waren zwei Ereignisse besonders erwähnenswert. Das erste war die fortgesetzte Verfolgung der Internetseite „Gouvernement Ufa“ der oppositionellen republikanischen Macht in Baschkortostan. Die breite Resonanz führte ei-

nen Arrest von fünf Menschen in Ufa, darunter bekannte akademische Gelehrte, die der extremistischen Propaganda beschuldigt wurden, herbei. Nach einigen Tagen wurden vier der fünf Personen freigelassen, die jedoch nicht in die Meldeverpflichtung bei Ausreise genommen, sondern unter Hausarrest gestellt wurden.

Das zweite Ereignis ist die im August veröffentlichte Entscheidung des obersten Gerichts Russlands vom 9. Juni 2009. Diese steht im Zusammenhang mit der versuchten Schließung wegen zwei antiextremistischer Warnungen der Zeitung „Pamjat – Nowosibirsk“ („Erinnerung – Nowosibirsk“). Das Gericht stellte die Rechtmäßigkeit der Warnungen selbst nicht in Zweifel, verwies aber bei der Entscheidungsfällung über die Schließung der Zeitung auf eine unrechtmäßige Quelle einer zuvor veröffentlichten Warnung. Sofern die Warnungen als vorbeugende Maßnahme erscheinen, muss die Ausgabe die Möglichkeit haben, einen Verstoß zu korrigieren. Folglich kann die anschließende Warnung nur nach jenem Material, welches bereits nach der ersten Warnung erschien, publiziert oder gezeigt werden. Das oberste Gericht stellte fest, dass in genau diesem Fall ein mehrmaliger Verstoß vorliegt und in genau diesem Fall eine Klage nach der Schließung der Ausgabe wegen mehrmaligen Verstoßes eingereicht werden kann. Die Entscheidung des Gerichts soll der sehr verbreiteten Praxis, Druck auf die Massenmedien auszuüben, wenn zwei beliebige Warnungen, unter anderem auch mit zeitlich großem Abstand veröffentlichte, die Grundlage für eine Klage zur Schließung bilden, ein Ende bereiten.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/29481C8/D849239> 01.09.2009

Am Moskauer Stadtgericht beginnen die Vorverhandlungen im Falle der „White Wolves“



Am 1. September 2009 begannen die Vorverhandlungen im Falle der Neonazi-Skinhead-Gruppierung „**White Wolves**“ („Belye Wolki“), welche im Zeitraum April 2007 bis Januar 2008 mehrere Überfälle in Moskau verübte.

Dem Richter werden 12 Personen vorgeführt, die in 12 Fällen (elf Morde und ein Mordversuch) nationalistischer Übergriffe angeklagt sind.

Die Angeklagten sind der 18-jährige Aleksej Dschawachischwili, der 21-jährige Wiktor Petrow, der 21-jährige Aleksandr Grischkow, der 22-jährige Sergej Demtschenko, der 19-jährige Richard Sobolew, der 19-jährige Sergej Salischtschew, der 19-jährige Aleksandr Solowjew, der 19-jährige Aleksandr Talatynow, der 18-jährige Nikolaj Pamfilow, der 18-jährige Dmitri Petrow, der 22-jährige Dmitri Isakin und ein 17-jähriger.

Fünf weitere Neonazi-Skinheads, die der Gruppe beitraten, konnten noch nicht identifiziert werden. Bis zum heutigen Erkenntnisstand waren die Anführer der Gruppe Dschawachischwili (genannt „Dschawa“), Salischtschew, Isakin und Solowew.

Nach Ermittlungsangaben liegen folgende Anschuldigungen vor:

- 20. April 2007, Dschawachischwili, Wiktor Petrow und Grischkow und drei ihrer Bekannten (Personen, die noch nicht identifiziert werden konnten) begehen [Mord](#) an einem Bürger Usbekistans
- 31. Oktober 2007, Isakin, Pamfilow (auch „Whiteexcuser“), Talatynov („Jason“) und der 17-jährige Angeklagte [töten](#) einen Bürger Kirgisiens

- 14. Dezember 2007, Dschawachischwili und Wiktor Petrow [überfallen](#) einen Bürger Usbekistans, dieser auf dem Weg ins Krankenhaus ver stirbt
- Dezember 2007, Demtschenko und Solowjew [überfallen](#) den 19-jährigen Russen Ulan Tumudowa aus Elista, der in Folge an den erlittenen Verletzungen stirbt
- 25. Dezember 2007, Solowjew und Iskasin („Ljuten“) [töten](#) einen Bürger Kirgisiens
- 26. Dezember 2007, Isakin, Pamfilow, Talatynow, Dmitri Petrow und ein Minderjähriger (es ist unklar, ob der angeklagte 17-jährige oder einer der unbekanntenen Gruppenmitglieder) [töten](#) einen Bürger Kirgisiens
- 2. Januar 2008, Talatynow, Dmitri Petrow, Isakin und Pamfilow [überfallen](#) zwei Bürger Usbekistans, in dessen Folge einer der beiden Angegriffenen stirbt
- 11. Januar 2008, Isakin, Talatynow, Pamfilow, Dmitri Petrow und der 17-jährige Angeklagte [töten](#) einen Auswanderer aus Usbekistan
- 12. und 13. Januar 2008 Sobolew, Isakin, Dmitri Petrow, Pamfilow, Salischtschew und der 17-jährige begehen [zwei Überfälle](#) auf zwei Bürger Kirgisiens im Nord-Osten Moskaus. Beide erliegen ihren Verletzungen.
- 16. Januar 2008, Isakin und Dmitri Petrow [töten](#) einen Bürger Kirgisiens

Alle Angeklagten wurden Ende 2008 bis Anfang 2009 festgenommen. Einige von ihnen gestehen ihre Schuld voll ein, einige teilweise. Keiner der Gruppenmitglieder verhehlt seine Anhängerschaft zur neonazistischen Ideologie.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/45A2A1E/D84EF6F>

<http://www.vremya.ru/2009/158/51/236317.html> 01.09.2009

Chronik

Überfall auf einen gebürtigen Nigerianer in Moskau

Anfang Mai 2009 sprühten in Moskau an der Metrostation „Taganskaja“ zwei ungefähr 20 Jahre alte Männer einem gebürtigen Nigerianer, der in einem der Metrowaggon stand, ohne ein Wort zu sagen Tränengas ins Gesicht.

Die Gründe für den Überfall sind nicht bekannt, der Nigerianer wurde nicht ausgeraubt.

Quelle: Nach Angaben von Moscow Protestant Chaplaincy 03.05.2009

Überfall auf zwei gebürtige Nigerianer in Moskau

In der Nacht auf den 4. Mai 2009 überfielen in Moskau im Kusminski-Park fünf Männer zwei gebürtige Nigerianer.

Die Täter hielten die Nigerianer mit der Frage an: „Weshalb seid ihr in Russland?“ und nannten sie „Schwarze“.

Einer der Männer schlug einen der Nigerianer. Als dieser sich umdrehte, packten ihn zwei der Männer, schlugen mit den Fäusten und traten mit den Füßen auf ihn ein. Der Nigerianer erlitt Prellungen im Gesicht und am Körper.

Beiden Nigerianern gelang die Flucht.

Quelle: Nach Angaben von Moscow Protestant Chaplaincy 04.05.2009

Überfall auf eine Bürgerin des Kongo in Moskau

Am 6. Mai 2009 überfielen in Moskau in einem Trolleybus drei Männer eine 67-jährige Frau aus der Republik Kongo und beschimpften sie als „Negerin“.

Die Männer fingen an, die Frau zu beleidigen und näherten sich ihr vom anderen Ende des Trolleybusses. Sie versuchte, sich von ihnen zu entfernen. Aber die Männer überfielen sie und schlugen sie ins Gesicht und auf den Körper. Einer der Männer stahl ihr die Handtasche.

Die anderen Passagiere mischten sich nicht ein, einige lachten.

Der Fahrer hielt den Trolleybus an und brachte das Opfer zur Metro. Der Diensthabende der Station rief die Polizei, die Frau erstattete Anzeige und wurde zum Arzt gebracht. Bei der Frau wurden mehrere Prellungen festgestellt, nach dem Vorfall litt sie noch lange unter Kopfschmerzen.

Einer der Täter, welcher die Handtasche gestohlen hatte, wurde festgenommen.

Quelle: Nach Angaben von Moscow Protestant Chaplaincy 06.05.2009

Überfall auf einen gebürtigen Nigerianer in der Moskauer Metro

Am 24. Mai 2009 überfielen am Tag in der Moskauer Metro auf der Sokolnitscheskaja-Linie drei Männer einen gebürtigen Nigerianer, der im Waggon des Zuges fuhr.

Der Nigerianer fuhr mit seinen Freunden, saß jedoch an der Seite von ihnen. Die Männer überschütteten ihn mit Bier, warfen die Flasche nach ihm und zeigten obszöne Gesten. Die Täter stiegen an der nächsten Haltestelle aus.

Das Opfer ist sich sicher, dass der Überfall aus rein rassistischen Gründen erfolgte, weil er und seine Freunde die einzigen dunkelhäutigen Passagiere im Waggon waren und er derjenige war, der am nächsten zum Ausgang saß.

Die übrigen Passagiere im Zug, die Augenzeugen des Vorfalls wurden, mischten sich nicht in den Vorgang ein.

Quelle: Nach Angaben von Moscow Protestant Chaplaincy 24.05.2009

Überfall auf einen gebürtigen Nigerianer in Moskau

Am 7. Juni 2009 überfielen zwei Männer in Moskau im Stadtgebiet Kusminki einen gebürtigen Nigerianer, als sich dieser mit einem weißen Mädchen unterhielt.

Einer der Männer nannte ihn einen „schwarzen Affen“ und sagte, dass der Nigerianer niemals nach Russland hätte kommen sollen, dass er kein „Mensch“ sei, so wie „alle Schwarzen“.

Das Opfer wandte sich an die Miliz, einer der Täter wurde festgenommen. Die Angelegenheit kam nicht vor Gericht, das Opfer erklärte sich damit einverstanden, von dem Täter eine Geldkompensation anzunehmen.

Quelle: Nach Angaben von Moscow Protestant Chaplaincy 07.06.2009

In Ufa wurden minderjährige Skinheads festgenommen

Wie das Pressezentrum des Innenministeriums der Burjatischen Republik mitteilt, wurde in Ufa die Strafsache nach Artikel 116 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (Schlägereien) gegen drei Minderjährige eröffnet.

Die Jugendlichen werden verdächtigt, einen dunkelhäutigen Studenten des vierten Semesters der Öluniversität von Ufa verletzt zu haben. Die Rowdys überfielen den in der Republik Tschad gebürtigen Studenten, als dieser ins Wohnheim der Hochschule ging. Nach dem Überfall musste der Afrikaner sich zur medizinischen Notaufnahme begeben. Die Täter wurden von den Mitarbeitern der Miliz aufgrund der frischen Spuren schnell festgenommen. Sie wurden auf freien Fuß gesetzt, nachdem sie unterschrieben hatten, das Gebiet nicht zu verlassen. Die Gründe für den Überfall werden in der Untersuchung geklärt, ein möglicher Grund ist Rassenhass. Den Verdächtigen droht ein Freiheitsentzug bis zu zwei Jahren.

Jekaterina Jachina, für Ufa1.ru

Quelle: <http://ufa1.ru/newsline/228477.html> 21.08.2009

Mord an Gothic-Girl in Ulan-Ude

Wie am 6. August bekannt wurde, hat ein 17-jähriger Student am 8. Juli in Ulan-Ude einen grausamen Mord an einer Anhängerin der Gothics verübt.

Die Leiche des 18-jährigen Mädchens wurde fünf Kilometer von der Straße entfernt im Bezirk des 113. Quartiers gefunden. Der Mörder hat mehr als zwanzig Mal mit einem Hammer auf ihren Kopf gedroschen.

Innerhalb von vier Tagen konnte der verdächtige junge Mann festgenommen werden, es handelt sich um einen Bekannten der Toten. Der mutmaßliche Täter leugnet nicht. Nach seinen Angaben hatte er

ähnliche „Ritualmorde“ an Personen geplant, die er für „Untermenschen“ hielt. Den Mord selbst zeichnete er auf Video auf.

Er wird des Mordes nach Paragraph 1, Art. 105 Strafgesetzbuch der Russischen Föderation (Mord) angeklagt. Nach Aussagen der Anklage ist das Mordmotiv auf die Weltanschauung des Verdächtigen zurückzuführen, der *„Menschen in drei Kategorien einteilt – Untermensch, Unmensch und Übermensch“*. Es ist nicht geklärt, ob die Zugehörigkeit zu den „Gothics“ oder ein anderer Faktor maßgeblich waren, aber es ist offensichtlich, dass die Wahl aufgrund einer gewissen Gruppenzugehörigkeit getroffen wurde.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/D627992> 06.08.2009

Vandalismus in Kirow

Ende Februar 2009 haben Neonazis einen Anschlag mit Flaschen, die mit blauer Farbe angefüllt waren, auf ein christliches Kulturzentrum verübt. Die Verantwortung für die Tat, die als „antisektierisch“, antiamerikanisch und antisemitisch bezeichnet wurde (*„das Zentrum wurde von amerikanischen Juden ...erbaut“*) übernahm die Gruppe „Straight Edge“.

Quelle: Basierend auf rechtsradikalen Seiten, 28.2.2009 (aktualisiert am 7.8.2009)

Moskau: Handel mit faschistischen Symbolen

Am 7. August 2009 wurde bekannt, dass in einer der Mulden nahe dem Autoersatzteil-Markt im Südosten Moskaus faschistische Orden, Abzeichen und Münzen mit Hitlerporträt verkauft wurden.

Es wird gemeldet, dass der Handel völlig offen vonstatten ging, die Miliz schritt nicht ein.

Quelle: http://zvezdanews.ru/video/day_events/0034431/ 10.08.2009

Radikaler Nationalist festgenommen



Foto: Sergei Browko/ Kommersant

Am 8. August 2009 hat das Bezirksgericht Lefortowski in Moskau dem Haftantrag des russischen FSB gegen Anton „Fly“ Muchatschew, Generaldirektor der „Handelshaus Kudinowo GmbH“, stattgegeben. Er steht der „Nördlichen Bruderschaft“ („Sewernoje Bratstwo“) nahe. Eine Inhaftierung für zwei Monate wurde gutgeheißen.

Muchatschew wird von der Staatsanwaltschaft der **Organisation einer extremistischen Vereinigung** am 2. März 2009 (§ 1, Abs. 282 Strafgesetzbuch der Russischen Föderation) beschuldigt.

Laut Anklage hat Muchatschew im Jahr 2006 mit weiteren Personen die Gruppierung **„Nördliche Bruderschaft“** gegründet. Muchatschew war „mit Mitgliederwerbung und Verbreitung von Materialien auf der Internetseite beschäftigt und koordinierte ihre Arbeit“. Außerdem wird „Fly“ beschuldigt, das Internetprojekt „Großes Spiel“ organisiert zu haben, das laut Schlussfolgerungen von Mitarbeitern des FSB-Instituts für Kriminalistik nationalistische Hetze fördert.

Der Richter stimmte den Ausführungen der Anklage zu, dass der Verdächtige auf freiem Fuß Beweise vernichten und Zeugen unter Druck setzen könnte; außerdem besteht Fluchtgefahr. Der FSB hat dem Gericht Dokumente vorgelegt, nach denen der Inhaftierte nicht an seiner Meldeadresse wohnt und einen ukrainischen Pass besitzt. Außerdem wurden Abhörprotokolle seines Telefons vorgelegt, aus denen hervorgeht, dass er seinen Komplizen Anweisungen zur Vernichtung kompromittierender Dateien im Internet gegeben hat, während die Beamten vor seiner Wohnungstür zugange waren.

Am 4. August 2009 wurde in Schelesnodoroschnom (Moskauer Gebiet) die Wohnung von Olga „Mathilda“ Kasjanenko (ehemalige Anführerin der **Gruppierung „Roter Blitzkrieg“**) und ihres Mannes Anton „Fly“ Muchatschew durchsucht. Die beiden wurden für eine Einvernahme der Miliz übergeben.

Kasjanenko wurde am selben Tag auf freien Fuß gesetzt, Muchatschew für 72 Stunden, bis zur Gerichtsentscheidung über seine Inhaftierung, festgehalten.

Quelle: Basierend auf rechtsradikalen Seiten

<http://xeno.sova-center.ru/45A2A1E/D68020F> 11.08.09

Impressum

Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

Übersetzung: Kerstin Dalljo, Liv Drinnenberg, Sabine Erdmann-Kutnevic, Astrid Hager, Stefanie Hansbauer, Karsten Kläege, Holger Löbell, Ingrid Mueller

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de

Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

gemeinsam mit

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: info@austausch.org

Internet: www.austausch.org